Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pfg., bei lokalen Anzeigen 60 Pfg. Reklamezeile 2,60 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlichen Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 139 | Freitag, den 17. Juni 1921 | 49. Jahrgang

Rathenau über den Wiederaufbau.

(TU) Der Reichsminister für den Wiederaufbau Walter Rathenau gab gestern im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats folgende Erklärung ab: Für den Wiederaufbau Frankreichs harren unser eine ganze Anzahl von Aufgaben. Die Zahl der zu liefernden Holzhäuser war ursprünglich auf 25 000 beziffert, es handelt sich aber augenblicklich nur um etwa 5000 im Betrage von etwa 16 bis 18 Millionen Goldmark, ein Auftrag, der für die gesamte deutsche Volkswirtschaft keine kleine Bedeutung hat. In erster Linie müssen wir in einem möglichst weitem Umfange die uns auferlegten Gold- bezw. Devisenleistungen in Sachleistungen verwandeln, die hauptsächlich für Frankreich bestimmt sein werden. Die zweite Aufgabe besteht darin, den Index von 26%, der für uns gewissermaßen eine Ausfuhrverhinderung bedeutet, durch eine andere Vereinbarung zu ersetzen. Der Index entwertet den deutschen Kredit. Es wird auch weiter eine Gefahr dadurch entstehen, daß wechselnde deutsche Regierungen neuartigen Problemen gegenüber eine wechselnde Stellung einnehmen. Ich glaube, daß es möglich und nötig ist, dafür zu sorgen, daß die hastigen Devisenverkäufe, die uns obliegen, aufhören. Auch wenn wir imstande sein sollten, diese Devisenmengen aufzubringen, wird die Folge eine vollkommene Zerrüttung des internationalen Geldmarktes sein. Es müssen Verständigungen darüber getroffen werden, daß die Devisenzahlungen durch zeitliche Verschiebungen oder durch Kompensationen es dem internationalen Geldmarkt ermöglichen, sich zu erholen. Unser wechselseitiger Verkehr mit Frankreich wird sich zunächst voraussichtlich hauptsächlich auf dem Gebiete der Sachleistungen abspielen. Wir müssen einen Maßstab finden, der die Gewähr leistet, daß die französische Industrie sich nicht darüber beschweren kann, daß unsere Leistungen erheblich teurer sind, als sie in Frankreich sein würden. Es wird kaum möglich sein, einige Hunderttausend Arbeiter nach Frankreich zu senden. Der Wiederaufbau ist nur möglich in Einzelarbeit, bei der es schwer sein wird, Tausende von deutschen Arbeitern in französischen Städten unterzubringen. Auch das Problem der Löhne ist schwer zu lösen. Unsere Arbeiter haben Anspruch auf die Höhe des französischen Lohnes. Damit entfällt für Frankreich jeder Vorteil. In Deutschland selbst müssen wir zunächst einen Apparat schaffen, der verbindungslos die Aufträge sammelt und vergibt, die uns von Frankreich gegeben werden. Es gibt 2 800 000 Sinistres (Geschädigte), die ihre Bestrebungen und Wünsche an die deutschen Stellen zu bringen in der Lage sein müssen. Wir müssen ferner eine Organisation schaffen, die den Ansprüchen der verschiedenen Landesteile und der Berufsstände auf Beteiligung gerecht wird. Für die Form der Organisation möchte ich heute noch keine Vorschläge machen; aber ich will weder eine Kumba, noch eine Z. E. G. bilden. Die Organisation muß erstens funktionieren. Ihre zweite Aufgabe ich, daß sie gerecht verteilt und ferne Reparationsgewinnler schafft. Ich hoffe, daß diese erste Begegnung zwischen verantwortlichen Staatsmännern beider Länder sei Kriegsbeginn zur Fortsetzung der Beziehungen und damit zu einer Lösung der Probleme führen wird.

Reichstag.

(Sitzung vom 16. Juni.)

Die Donnerstagssitzung des Reichstages brachte einige bedeutsame Abstimmungen. Die üblichen Anträge auf Strafverfolgung von kommunistischen Abgeordneten werden dem Brauche des Hauses gemäß abgelehnt. Der Ablehnung verfiel auch der kommunistische Antrag, der die Befreiung des Kommunisten Wendelin Thomas forderte, der wegen Hochverrats eine zweijährige Gefängnisstrafe in einer Strafanstalt in Bayern verbüßt. Der Antrag wurde mit 187 gegen 108 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Kommunisten quittierten dafür mit lauten Pfuirufen. Dann folgte eine Entscheidung über die Getreidewirtschaft des laufenden Wirtschaftsjahres. Aus den Verhandlungen hat sich schon ergeben, daß für die Vorschläge des Ernährungsministers Dr. Hermes keine geschlossene Mehrheit vorhanden war. Auch die Beschlüsse des Ausschusses waren nur mit einer Stimmenmehrheit gefaßt worden. Bei der Abstimmung in der Vollsitzung kam es daher auch zu allerlei Ueberraschungen. Ein Antrag Dusche auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide und Einführung der freien Wirtschaft, für den die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Bayern stimmten, wurde abgelehnt. Auch Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen auf Beibehaltung der bisherigen Form der Bewirtschaftung fanden keine Mehrheit. In namentlicher Abstimmung wurde ein Antrag Böhme (Dem.), Dusche (D. V. P.) und Burlage (Zentr.) mit 214 gegen 126 Stimmen angenommen, wonach die Höhe der Umlage auf 2½ Millionen Tonnen festgesetzt wurde. Bei der Gesamtabstimmung fand jedoch der grundlegende § 1 keine Mehrheit, da für ihn nur Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten stimmten. Das Ergebnis der Abstimmung rief große Bewegung hervor. Die Kommunisten forderten den Minister durch Zwischenrufe auf, abzutreten. Der Präsident erklärte, daß durch diese Abstimmung dem Gesetz die Seele genommen worden sei, daß man aber weiter beraten müsse, da der Minister nicht beabsichtige, die Vorlage zurückzuziehen. Das Haus setzte darauf die Beratung fort, als ob nichts geschehen wäre. Der bayrische Volksparteiler Heim hielt eine ausgedehnte Rede gegen die Zwangswirtschaft und bekämpfte das Umlageverfahren. Damit rief er den Ernährungsminister nochmals auf den Plan. Er scheint die Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben, doch noch eine Mehrheit für seine Vorlage zu gewinnen. Bemerkenswert war seine Feststellung, daß aus Ostpreußen nicht 835 210 Tonnen Hülsenfrüchte, sondern nur 835,2 Tonnen ausgeführt worden seien. Das ist der tausendste Teil von dem, was der Abg. Hertz berichtet hatte. Hertz mußte zugeben, daß er bei seinen Zahlen das Komma übersehen hatte. In der weiteren Einzelberatung blieben die Ausschußberichte im wesentlichen unverändert. Eine Amnestie für Haferverfehlungen wurde abgelehnt. Dr. Hermes teilte mit, daß eine Erhöhung des Brotpreises im laufenden Wirtschaftsjahre nicht in Betracht komme. Sie würde frühestens zu Beginn des neuen Erntejahres eintreten. Unter keinen Umständen werde sie mehr als 50% betragen. Dann nahm die 2. Lesung der Vorlage ihr Ende.

In einer Abendsitzung wurde die dritte Lesung der Vorlage über die Getreidewirtschaftung vorgenommen. Ein Antrag Burlage (Ztr.), Stresemann (D. V. P.), Dr. Petersen (Dem.) will den gestrichenen § 1 wieder herstellen. Der deutschnationale Abg. Schiele erklärt, daß seine Partei für den § 1 stimmen werde, weil es das kleinere Uebel sei. § 1 wird darauf mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen, ebenso der weiteren Paragraphen. Hierauf wird das Gesetz mit den Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 16. Juni.)

Eingegangen ist ein Antrag der Kommunisten, in dem u. a. verlangt wird: Amnestie für alle aus politischen Gründen Verurteilten, Aufhebung des Ausnahmezustandes und Beseitigung der Ausnahmegerichte, Abschaffung der Todesstrafe, Berufung aller Richter, Geschworenen und Beisitzer aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Gefangenen durch Gefangenenräte. — Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangt 1. Hinzuziehung von Laienrichtern zu den Strafkammern, 2. Wahl der Laienrichter durch das Volk, 3. Zulassung der Berufung gegen alle Urteile in Strafsachen, 4. Bewilligung von Staatsmitteln, um begabten Kindern minderbemittelter Eltern den Weg zum Berufsrichteramt zu öffnen, 5. Zulassung von Arbeitersekretären usw. zur Gerichtsassessorenprüfung. — Ein Zentrumsantrag ersucht um schnellere Erledigung der Verfahren wegen Wucher- und Schieberverbrechen und um Heranziehung von Sachverständigen aus den Kreisen des Handwerks, des Handels und der Verbraucher bei Rechtsfällen, die auf gewerblichem Gebiete und dem Gebiete der Volksversorgung liegen.

Die 2. Beratung des Justizhaushaltes wird fortgesetzt.

Abg. Stendel (D. Vp.): Wir sind für Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte. In der Frage der Zulassung der Rechtsanwälte zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten sind die Ansichten meiner Partei geteilt. Wir begrüßen es, daß bei der Reform des Strafrechts das starre Strafmaß beseitigt wird. Bedenklich halten wir eine allgemeine Bestimmung, die Geldstrafen zuläßt, wenn eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Monat ausgesetzt ist. Man darf auch den Gedanken der Abschreckung nicht außer acht lassen. Den verurteilten Jugendlichen sollte man eine Besserungsfrist von 2 Jahren gewähren. Auch wir wünschen die Zulassung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen. Geteilt sind die Anschauungen meiner Fraktion in der Frage der Zulassung von Frauen zum Amt des Berufsrichters. Laien wünschen wir im weitesten Maße als Richter zugezogen zu sehen. Die Hetze gegen die Justiz ohne genügende Nachprüfung ist eine verderbliche Erscheinung. Wie soll das Ansehen der Justiz gewahrt werden, wenn Herr Haenisch als Kultusminister nach der Verkündigung des Urteils im Marburger Studentenprozeß von „elenden Mördern" spricht, wenn Herr Severing in Kiel erklärt hat, es seien ihm noch nie hornierere Menschen vorgekommen als die preußischen Richter. Der Abg. Heilmann hat bei seinen Angriffen im vorigen Jahre einen schweren Reinfall erlitten. Das Justizministerium sollte falsche Darstellungen sofort berichtigen. Es ist sogar möglich gewesen, daß Herr Heilmann in seiner Behauptung längere Zeit Glauben gefunden hat, ein Mann sei wegen Mitnahme eines Bogens Papier zu Gefängnis verurteilt worden. Dabei handelte es sich um Unterschlagung einer amtlichen Urkunde. (Lebhaftes Hört! Hört!) Bei der Anführung eines Falles, in dem in einer Vorladung die Worte „Königliches Amtsgericht" stehen geblieben waren, stellt sich heraus, daß das Formular von einem Sekretär ausgestellt war, der eingeschriebenes Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie ist. (Schallendes Gelächter rechts, Rufe bei den Soz.: Das ist nicht wahr!) In dem Falle des Grafen Solm stellte ich fest, daß der Graf vor den Augen des Landjägers ganz öffentlich den Schmuck aus der Brusttasche nahm und in die revidierte Tasche legte. Im übrigen hatte dieser nicht einen Wert von 1½ Millionen. Dem Grafen war vorher bestätigt worden, daß nichts dagegen einzuwenden sei, wenn er in Holland „versilbert" werden sollte. Die soziale Stellung des Grafen mußte der Richter berücksichtigen. (Großer Lärm bei den Soz.) Es mußte doch festgestellt werden, ob man einen Schieber oder einen unbescholtenen Menschen vor sich hatte. (Rufe links: Schieber von Geburt! Unruhe rechts.) Die Art, wie Herr Heilmann einen Artikel des Kammergerichtspräsidenten v. Staff aus dem Jahre 1913 zerpflückt, muß peinlich wirken. Angesichts der großen Fähigkeiten v. Staffs haben solche kleinlichen Dinge keine Bedeutung, wohl aber, wenn ein Mehrheitssozialist Redakteur und Stadtverordneter wird, der wegen Mordes zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden war und kürzlich bei einem Einbruchsdiebstahl erwischt wurde. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Darüber mache ich der sozialdemokratischen Partei keinen Vorwurf. (Rufe bei den Soz.: Und Ihre Vorstrafen?) Meine Vorstrafe ist gelöscht. Ich will Ihnen aber gern verraten, daß ich 30 Mark wegen eines Bierulks zu zahlen hatte. (Schallende Heiterkeit.) Die Referendare müssen besoldet werden. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zum Justizetat lehnen wir ab, auch den mehrheitssozialdemokratischen Antrag, nach dem Laien nach einem zweijährigen Bildungsgange Richter werden können. Soll der Richter zu einer sinngemäßigen Anwendung der Gesetze erzogen werden, so muß er den Zusammenhang des ganzen Rechts durch das Universitätsstudium kennen lernen. Unterstützen wir den Richterstand, in der Rechtspflege zum Wohle des ganzen Volkes zu wirken. (Lebhafter Beifall rechts.)

Justizminister am Zehnhoff (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt, daß für Referendare 3¾ Mill. eingestellt worden sind. Abg. Frau Wolffstein (Komm.): Den Aufbau eines Rechts, das wirklich Gerechtigkeit bedeutet, sehen wir in Rußland. (Schallendes Gelächter.) Solange Klassengegensätze bestehen, kann es kein wahres Recht geben. Die Richter sind noch strramme Monarchisten. Im Falle Hölz spielt die Klassenjustiz eine große Rolle. Wir senden von dieser Stelle aus dem Moskauer Kongreß, der diese Klassenjustiz bekämpft, unsere Grüße. (Gelächter im Hause. Lebhafte Zustimmung der Kommunisten.) Die Morde an Liebknecht und Rosa Luxenburg bedürfen noch immer der Sühne. Ungestraft sind die Kapprebellen davongekommen. Ebert veröffentlicht eine Verordnung über Ausnahme-Gerichte, die sich aber nur gegen die revolutionären Proletarier wendet und Todesurteile fällt. (Zuruf des Abg. Siering (Soz.): Das waren Verbrecher.) Die Opfer der Hörsingaktion werden jetzt in Mitteldeutschland schandbar abgeurteilt. Die Rednerin zitiert zahlreiche Urteile aus Mitteldeutschland. Die Kommunisten veranstalten dabei wiederholte Entrüstungsszenen. Ministerialdirektor Fritze erklärt, es sei eine Ergänzung der Kriminalstatistik vorbereitet. Den in der kommunistischen Presse veröffentlichten Angaben über rechtsbolschewistische Putschpläne werde nachgegangen, aber bisher hätten diese Angaben sich nicht bestätigt. Für die Tätigkeit der Sondergerichte sei die preußische Justizverwaltung nicht verantwortlich. Abg. Dr. Cohn (Unabh.) unterstützt den Antrag des Zentrums auf Zuziehung von Sachverständigen. Die Untersuchungshaft wegen Verdunkelungsgefahr sollte abgeschafft werden. Der Redner unterstützt weiter die Anträge auf Entschädigung der Schöffen und Geschworenen. Der große sozialdemokratische Antrag bringe leider nur kleine Reformen, der kommunistische Antrag schieße dagegen über das Ziel hinaus. Dr. Cohn begründet schließlich einen Antrag seiner Fraktion, in dem eine grundlegende Reform der Strafprozeßordnung und des Strafvollzuges unter Abschaffung der Todesstrafe verlangt wird. — Justizminister Am Zehnhoff hält den Antrag der Unabhängigen für unannehmbar, weil er in vielen Punkten der Verfassung widerspreche. Abg. Höpker-Aschoff (Dem.): Von Frau Wolffstein hörten wir nur die Träumereien einer verstiegenen Frau, denn in Rußland steht der Kommunismus schon vor dem Zusammenbruch. Der Vorwurf der Parteilichkeit gegen die preußischen Richter ist durchaus unberechtigt. Es ist freilich tadelnswert, daß die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsorgane nicht mit der erforderlichen Energie gegen die Kappverbrecher eingeschritten sind. Andererseits hat die Regierung den bewaffneten Gegnern Kapps gegenüber das Bielefelder Abkommen nicht gehalten. Wir begrüßen die Beseitigung der Militärgerichte. Die Schwurgerichte sind reformbedürftig. Die Zusammensetzung der Geschworenen entspricht nicht der Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Geschworenen müßten auch die volle Verantwortung für Urteil und Strafmaß haben. Wir bedauern die Notwendigkeit der Sondergerichte, aber die Schuld trifft die Veranstalter des Putsches. Dem sozialdemokratischen Antrag in seiner heutigen Form können wir zustimmen, denn er eröffnet hervorragend begabten Menschen einen kürzeren Weg zum Richteramt. Die Laienrichter dürfen nicht gewählt, sondern müssen von den Gemeindeverwaltungen bestimmt werden. Die Unabhängigkeit der Richter darf nicht angetastet werden. Die vielen Ratstitel sollten in der Justizverwaltung beseitigt werden.

Weiterberatung Freitag.

Einigung zwischen den Deutschen und Interalliierten in Oberschlesien.

Nach einer Meldung aus Breslau scheint eine Einigung zwischen dem Zwölferausschuß der deutschen Parteien in Oberschlesien und der interalliierten Kommission gesichert zu sein. Durch das Einrücken der Engländer ist auch die Gegend von Lublinitz befreit worden. — Einer Meldung aus Oppeln zufolge hat sich eine Abordnung des Zwölferausschusses nach Berlin begeben, um ein Einvernehmen mit der Reichsregierung zu erzielen.

General Höfer wird keinesfalls aus irgendwelchen Gründen am Besitz des Annaberges festhalten. Er hat in einer Besprechung, die er mit Henneker gehabt hat, in diesem Punkte selbstverständlich nachgegeben. Vom Auswärtigen Amt wird betont, daß der oberschlesische Selbstschutz durchaus bereit sei, die Säuberungsaktion zu unterstützen. Beim Annaberg handle es sich aber darum, ob der Selbstschutz oder die Korfanty-Banden diesen strategischen Punkt besitzen. Es ist hier ein Prinzip, um das gekämpft wird.

Keine neuen Kampfhandlungen.

Mit Ausnahme von Schießereien bei Elguth-Tworjan und westlich Ratibor-Hammer ist es gestern zu Kampfhandlungen nicht gekommen. Durch das Einrücken der Engländer in Zemborwitz sind die Polen genötigt worden, ihre Angriffe aus Preußkau einzustellen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind die englischen Streitkräfte zu schwach, um die deutsche Bevölkerung vor den Drangsalierungen der Polen zu schützen. Der italienische Oberst Salvioni hat angeordnet, daß auch auf dem rechten Oderufer Ortswehren gebildet werden. Der Belagerungszustand für Ratibor ist aufgehoben. Englische Truppen sind in Ratibor, Kleinsalthammer, Ferdinandshof, Saleiche, Koppitz, Guttentag und Kostellitz eingetroffen, französische Truppen ebenfalls in Kleinsalthammer und Kostellitz. Außerdem ist Jakobswalde von Franzosen, Lubow-Nensa von Italienern besetzt.

Unstimmigkeiten zwischen Engländern und Franzosen.

(TU) Die Verlegung des englischen Hauptquartiers von Halbendorf bei Oppeln nach Groß-Strehlitz ist auf Unstimmigkeiten zwischen General Hennecker und General Lerond zurückzuführen. Lerond erklärte, daß die Säuberungsaktion solange unterbleiben werde, bis der 12er-Ausschuß die Bedingungen Korfantys anerkenne.

2000 ausgeraubte deutsche Gefangene.

Der englische Chef der Abstimmungspolizei Major Keatinge wurde auf einer Fahrt in das angeblich von Polen geräumte Gebiet von den Insurgenten angehalten und erst nach langem Parlamentieren freigelassen. Auf der Rückfahrt hatte er einen zweiten Zusammenstoß mit den Insurgenten. Er hat den Vorfall sofort dem englischen Hauptquartier und Lerond gemeldet, und hinzugefügt, daß englischerseits festgestellt wurde, daß die durch Dekret Leronds eingerichteten Gemeindewachen aus Insurgenten bestehen. Nach sicheren Meldungen verschiedener Ententeoffiziere und Geistlichen befinden sich in dem polnischen Internierungslager Neuberun 2000 deutsche Gefangene im Alter von 16 bis 70 Jahren aus allen Kreisen Oberschlesiens. Die Gefangenen sind gänzlich ausgeraubt und zum größten Teil ohne Kleidung und Schuhe. Die Verpflegung ist unzureichend und schlecht. Die sanitären Einrichtungen sprechen aller Menschlichkeit Hohn. Im Lager Zabereze ist Typhus ausgebrochen, auch leiden die Gefangenen an Krätze und Ruhr. Die von polnischer Seite kürzlich verbreiteten Meldungen, daß polnische Arbeiter in Westfalen, nach der Abstimmung schlecht behandelt wurden, sind, wie an Ort und Stelle festgestellt worden ist, unzutreffend.

Chaotische Zustände im Kreise Pleß.

(Tu) Seit Montag herrschen im Kreise Pleß chaotische Zustände. In nächster Nähe von Korfantys Hauptquartier bildete sich eine Rote Armee. Die bisherigen Korfantischen Abteilungskommandeure wurden abgesetzt. Bolschewistische Insurgentenabteilungen verlangen von den Industrieverwaltungen und der Kaufmannschaft hohe Summen und erpreßten bereits Beträge von über 200 000 Mark. Auf mehreren Gruben weht seit heute die rote Fahne. Einige Direktionen wurden unter die Diktatur der Arbeiter gestellt.

Aufs neue hat eine Massenflucht aus dem Industriebezirk eingesetzt. In Oppeln sind über 3000 Flüchtlinge. Im ganzen oberschlesischen Industriegebiet nehmen die Polen Zwangsrekrutierungen vor. Der Ententezug, der täglich von Oppeln bis Kattowitz fährt, ist bei Hindenburg beschossen worden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 17. Juni. (**Verschiedenes.**) Amtlich wird mitgeteilt: Fast alle größeren Zahlungen an die Post — Einzahlungen auf Postanweisungen und Zahlkarten, Bezahlung von Wertzeichen, Fernsprechgebühren, Zeitungsgebühren, Mieten, Schließfachgebühren usw. — können unter gewissen Voraussetzungen **bargeldlos** durch Reichsbanküberweisungen, Reichsbankschecke, Postüberweisungen, Postscheck- und Platzanweisungen beglichen werden. Ueberweisungen und Schecke von Behörden und bestätigte weiße Schecke gelten ohne weiteres als Bargeld. Auch sonst werden Postanweisungen und Zahlkarten abgesandt und Wertzeichen ausgehändigt, ohne daß die Gutschrift abgewartet wird, wenn Sicherheit hinterlegt ist oder der Kunde einen bei der Bestellpostanstalt schriftlich zu beantragenden Ausweis erhalten hat. Die Ausweise berechtigen auch zur Einlösung von Nachnahmen und Postaufträgen, wenn die Postaufträge nicht sofort zurück-, weiter- oder zum Protest zu geben sind.

(**Der Wert der Mark.**) Es waren zu zahlen:

für	am 15. Juni	am 1. Juni	am 17. Mai
Holland 100 Fl.	2300 Mk.	2167 Mk.	2100 Mk.
Schweden 100 Kr.	1560 „	1449 „	1377 „
Schweiz 100 Fr.	1167 „	1107 „	1042 „
Frankreich 100 Fr.	556 „	528 „	493 „
England 1 Pfd. St.	262 „	246 „	233 „
Amerika 1 Dollar	69,70 „	63,39 „	58,20 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

(**Für das Altersheim.**) Durch Herrn Lohmann gingen 50 Mark aus einer Schiedssache für das Altersheim ein.

*

Ende der Kohlennot.

In der Gewerkenversammlung der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Ver. Helene und Amalie führte der Vorsitzende, Bergassessor Otto Krawehl u. a. aus, daß wir, wie es vorausgesagt habe, heute am Ende der Kohlennot angelangt seien. Immerhin wäre die Lage noch einigermaßen befriedigend, doch sei abzusehen, daß bezüglich der Absatzverhältnisse namentlich für gewisse Sorten Schwierigkeiten aufträten. Angesichts der Unübersichtlichkeit der Lage möchte er sich jedoch von Voraussagen fern halten. Jedenfalls sei aber mit Schwankungen zu rechnen, und es sei für jeden, der im Wirtschaftsleben stehe, klar, daß man denselben nur durch möglichste Freiheit begegnen könne, denn auch nur der vermöge gut zu schwimmen, der freies Wasser vor sich habe und nicht etwa Uebungen nach Kommando ausführen müsse.

Die nachfolgenden Ausführungen über die Verkehrslage im Ruhrkohlenbezirk dürften diese Auffassung über die Kohlenmarktlage bestätigen; denn es geht unzweideutig daraus hervor, daß die Franzosen die deutschen Kohlenzwangslieferungen allmählich nicht mehr unterzubringen vermögen und ihrer Abnahme Schwierigkeiten in den Weg stellen.

„Der Eisenbahnbetrieb im Ruhrbezirk wickelte sich in der vergangenen Woche bei mäßigem Güterverkehr im allgemeinen glatt ab. Schwierigkeiten entstanden nur im Ablauf der Kokssendungen in Richtung Ehrang, da von der fremden Verwaltung die Sendungen nicht in dem erforderlichen Maße abgenommen wurden. Die gebesserte Schiffbarkeit des Rheines machte sich durch Abwanderung von Frachten auf das Wasser etwas bemerkbar. Die Leerwagenbestände sind noch recht erheblich, obgleich die Anforderung für Brennstoffe gegenüber der Vorwoche etwas gestiegen ist. Für Kohle und Briketts wurden in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt, einschl. der nachträglich bestellten Wagen, 20315 Wagen (gerechnet zu je 10 To.) angefordert und gestellt. (Höchstgestellung am 11. Juni 20082l To.). In dem gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 20727 Wagen. Die Lagerbestände auf den Zechen beliefen sich am 11. Juni auf 202198 To. Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen betrug arbeitstäglich 28030 (32946) To., während der Brennstoffumschlag in den Zechenhäfen der Kanäle von 21676 auf 23632 To. zunahm."

*

(**Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe.**) Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe schreibt über die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 5. bis 12. Juni: Die Gesamtarbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe blieb in der Betriebswoche im allgemeinen unverändert. Geringe Besserungen in der Unterbringung von Arbeitskräften in verschiedenen Orten, hauptsächlich in ländlicher Gegend, hatten keinen nennenswerten Einfluß. In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Ackerknechten lebhafter als in der Vorwoche, das Angebot dagegen gering. Ebenfalls ließ das Angebot an Viehwärtern nach. Erheblich größer war die Zahl der stellensuchenden Gutsbeamten, die mangels offener Stellen als solche nicht unterzubringen waren. Bei den weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitskräften steigerte sich die Nachfrage, während das Angebot in der vorrückenden Sommerzeit wie alljährlich merklich nachließ. Die ungünstige Lage in der Metallindustrie hielt weiter an. Während sich die Nachfrage nach gelernten Fachkräften nur auf vereinzelte Stellen beschränkte, stieg die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter infolge anhaltender Betriebseinschränkungen und Entlassungen in der metallverarbeitenden Industrie immer mehr. Im Baugewerbe hielt der gute Beschäftigungsgrad für Maurer, Anstreicher, Stuckateure und Zimmerleute an. Dem großen Bedarf kann vielfach nicht entsprochen werden, da nur geringes Angebot vorhanden. In der Textilindustrie ist eine Besserung nicht eingetreten. Allgemein gehen Aufträge nur spärlich ein. Von der Aufhebung der Sanktionen erhofft man eine Besserung der Lage.

(**Die christlichen Gewerkschaften gegen einen Lohnabbau.**) Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich in Köln mit den vom Arbeitgeberverband noch in letzter Zeit versandten Rundschreiben, in denen der Lohnabbau als notwendig hingestellt und den Arbeitgebern ein dementsprechendes Vorgehen empfohlen wird. Der Vorstand des Gesamtverbandes wendet sich nun mit aller Entschiedenheit gegen die von den Arbeitgeberverbänden propagierte Absicht und erklärt, daß dem Sinken einiger Preise für Bedarfsartikel ein noch größeres Steigen für andere Verbrauchsartikel gegenüberstehen. Hinzu komme, daß nach ausdrücklichen Erklärungen der Regierung im Reichswirtschaftsrat die Inlandspreise den Weltmarktpreisen immer mehr angepaßt würden, daß ferner zugegebenermaßen die Kosten der Lebenshaltung insbesondere für die arbeitende Bevölkerung wesentlich steigen und daher Lohn- und Gehaltsaufbesserungen notwendig würden. Schon heute sei die Lage weiter Arbeiterkreise außerordentlich drückend. Umso mehr glaubt der Vorstand des Gesamtverbandes sich gegen ein Vorgehen von Arbeitgeberseite wenden zu müssen, welches unübersehbare Konsequenzen für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im Gefolge haben müsse.

*

Unsere Heizanlagen im Sommer.

Mit einigen Seufzern der Erleichterung haben unsere Hausfrauen die warme Jahreszeit begrüßt, weil die an sich schon riesig hohen Ausgaben für den Lebensunterhalt nicht mehr mit den recht bedeutsamen Brennstoffkosten für die Zimmerheizung belastet sind. Und so steht der Ofen vergessen in der Ecke und der Heizkessel vereinsamt im Keller. Erst wenn die kalten Herbsttage kommen, erinnert man sich wieder der Wärmespender und nimmt sie in dem Zustand in Gebrauch, in dem man sie zur Ruhe gesetzt hat. Man übersieht dabei, daß auch Heizanlagen einer natürlichen Abnutzung unterworfen sind und daß sie bei gewohnheitlichem angestrengten Gebrauch während des Winters mancherlei Schäden erlitten haben. Aber auch wenn die Hausfrau bemerkt hat, daß Reparaturen notwendig sind, so scheut sie die Ausgaben dafür und die Oefen und Kessel werden im Herbst in dem gleichen Zustande wieder angefeuert. Die heutigen hohen Brennstoffkosten zwingen jeden, mit Heizmaterial zu sparen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist aber der gebrauchsfertige Ofen und Heizungskessel. Beschädigte Roste und Feuerräume, schlecht schließende Feuer- und Aschentüren u. a. Undichtheiten, schadhaft gewordene Züge usw. sind wahre Brennstofffresser. Hier soll man nicht am falschen Ort sparen! Die entstehenden Reparaturkosten werden ganz sicher durch geringeren Brennstoffaufwand mehrfach abgezahlt. Es liegt im Interesse eines jeden Haushaltes, sichtbar gewordene Schäden und im Winter bemerkte Störungen von sachkundiger Seite jetzt beheben zu lassen. Ein bei den Ortskohlenstellen erhältliches Merkblatt gibt dafür eine Reihe von nützlichen, praktischen Hinweisen. Auch unsere Heizanlagen brauchen eine Sommerkur. Behaltet sie ihnen nicht vor!

*

Heil, 17. Juni. **Zwei wertvolle Pferde** wurden dem Landwirt Isenbeck von hier aus seiner Weide in der Nacht zum Donnerstag gestohlen. Es handelt sich 1. um einen Wallach, hellgelb ohne Abzeichen, 5 Jahre alt, mit dunkelbrauner Mähne und Schweif; 2. eine Stute, braun ohne Abzeichen, 12 Jahre alt. Die Tiere haben einen Wert von 45000 Mark. Die Täter sind des Abends mit einem Gig zu der Weide gefahren, haben die Tiere angebunden und den Weg nach Kamen zu eingeschlagen. Die Polizei entwickelte sofort eine fieberhafte Tätigkeit, sie ist den Tätern auf der Spur.

Lünen, 16. Juni. (**Ein Heldendenkmal auf Kappenberg.**) Ein bedeutsames Werk der Heldenehrung und zugleich der Heimatpflege wird in diesen Tagen vom Sauerländischen Gebirgsverein Lünen vollendet. Auf Anregung seines Ehrenmitgliedes Redakteur F. Schmidt-Wanne hat dieser Verein es unternommen, seinen zwölf im Weltkriege gefallenen Mitgliedern im prächtigen Kappenberger Hochwald ein schlichtes, würdiges Denkmal zu errichten, bestehend aus einem mächtigen Granatfindling von etwa 8000 Kilogr. Gewicht. Dem Verein ist es gelungen, in der kurzen Zeit von kaum einem Jahr die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 6000 Mark völlig aus eigenen Kräften ohne fremde Hilfe aufzubringen, eine Tat, die bei der Größe des Ortes — Lünen hat nur etwa 16000 Einwohner — gewiß bemerkenswert ist. Der Denkmalsplatz, der an der Straße Lünen—Kappenberg links auf einer reizenden Waldstelle gelegen ist, wird durch persönliche Betätigung von Mitgliedern entsprechend hergerichtet. Letzten Sonntag fand die Grundsteinlegung statt, wobei eine vom obengenannten Gründer des Vereins verfaßte ausführliche Urkunde, die demnächst in Buchform erscheinen soll, eingemauert wurde. Die Weihe des Ehrenmals soll in großzügiger Weise unter Beteiligung der Gebirgsvereine des ganzen Bezirks am Sonntag, den 3. Juli sein. In Verbindung damit wird der in jenen Tagen zum 90. Mal sich jährende Todestag des Freiherrn vom Stein, der auf dem nahegelegenen Schlosse entschlief, würdig begangen werden. Nachkommen des Freiherrn vom Stein werden unter Führung des Generalleutnants Graf Kantz an der Feier teilnehmen. Es ist zu erwarten, daß an dem Festtage ein sehr starker Ausflugsverkehr aus der näheren und weiteren Umgegend nach dem reizvollen Kappenberg sich entwickeln wird.

Neue Steuern für Dortmund.

** **Dortmund**, 16. Juni. Die Stadtverordneten haben am 15. Dezember vorigen Jahres die Erhebung einer sogenannten Fremdensteuer beschlossen. Der Oberpräsident hat mitgeteilt, daß gegen die angenommene Fremdensteuerordnung nichts einzuwenden sei, wenn u. a. das Wort Fremdensteuer durch Besteuerung des Herbergsvertrages ersetzt werde. Ferner dürfte die Steuer bei einem täglichen Zimmerpreis von mehr als 2 oder 3 bis 50 Mark nicht mehr als 15 Proz. betragen. Einer Steuer von 20 Prozent könne nur dann zugestimmt werden, wenn der tägliche Erhalt für die Person 50 Mark übersteige. Der nächsten Stadtverordnetensitzung, am Montag, den 20. Juni, werden nun entsprechende Aenderungen vorgeschlagen werden. U. a. soll bei einem Preis bis zu 20 Mark 10 Prozent, von 20 bis 50 Mark 15 Prozent und von mehr als 50 Mark 20 Prozent erhoben werden. Wie in anderen Städten will auch Dortmund dazu übergehen, die sportlichen Veranstaltungen, die bisher steuerfrei waren, der Lustbarkeitssteuer zu unterwerfen. Man ist zu diesem Entschluß gekommen, da bei manchen sportlichen Veranstaltungen Eintrittspreise bis zu 12 Mark erhoben werden. Bei einer Veranstaltung wurde eine Gesamteinnahme von 36000 Mark erzielt. Man will letzten Endes nicht den Sport, d. h. die ausübenden Personen und Vereine, sondern die Schaulust der Besucher besteuern. Frei bleiben sollen die Veranstaltungen, bei denen ein Eintrittspreis von 2 Mark erhoben wird. Hiervon sollen auch die Veranstaltungen der Jugendpflege nicht ausgenommen werden. — Als dritte neue Steuer wird der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über die Erhebung einer Gemeindesteuer bei Erteilung der Erlaubnis zum ständigen Betrieb einer Gastwirtschaft vorgelegt. Es hat sich gezeigt, daß bei den Uebertragungen von Wirtschaften auf andere Personen, die bisherigen Inhaber sich für die Konzessionsabtretung Beträge bis zu 100000 Mark von dem neuen Inhaber haben zahlen lassen. Bei den im letzten Jahre vorgekommenen 33 Abtretungen wurden durchschnittlich 37000 Mark erzielt. Die neue Steuer soll betragen bei gewerbesteuerfreien Betrieben 1200 Mark, von der 4. Gewerbesteuerklasse ab 2400 Mark, von der 3. 4800 Mark, von der 2. 7200 Mark und von der 1. 10000 Mark.

*

Dortmund, 16. Juni. (**Ein dreifacher Kindesmordversuch einer Mutter.**) Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr hat eine in der Gartenstadt Schönau wohnhafte Ehefrau in der Nähe des Bootshauses ihre drei Kinder im Alter von 5½, 7 Jahren und 10 Monaten in der Absicht, sie zu ertränken, in den Kanal geworfen. Die Kinder wurden von hinzugeeilten Arbeitern bewußtlos aus dem Wasser gezogen. Die unter Hilfeleistung von Polizeibeamten angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg begleitet. Nachdem die Kinder zu sich gekommen waren, wurden sie in das Luisenhospital überführt, die Mutter, die den Entschluß gefaßt hatte, sich mit ihren Kindern das Leben zu nehmen, in Schutzhaft genommen.

„—" **Barop**, 15. Juni. (**Baroper Walzwerk A.-G.**) Die „Köln. Ztg." schreibt: Während schon im vorigen Jahre Deutsch-Luxemburg als Reflektant für das Baroper Walzwerk angesehen wurde, auch ein holländisches Angebot vorlag, hinter dem vielleicht aber auch eine deutsche Gruppe gestanden haben mag, schweben neuerdings ernsthafte Verhandlungen bei der Gesellschaft. Schon seit einiger Zeit liegt, wie zuverlässig verlautet, das Angebot einer Gruppe vor auf Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages, worin auf die Baroper Aktien für 10 Jahre eine Dividende von 40% gewährleistet werden soll und die Gegenseite für die Dauer des Vertrages die Verpflichtung übernimmt, die Aktien von Barop zum Kurse von 800% zu übernehmen. Hinter diesem Angebot dürfte der Phönix stehen trotz aller gegenteiligen Erklärungen aus dessen Verwaltungskreisen. Inzwischen ist aber, wie weiter verlautet, von einem andern westfälischen Hüttenwerk gleichfalls ein Kaufangebot auf das Baroper Walzwerk gemacht worden, das für dessen Aktionäre noch günstiger ist. Es hat den Anschein, als ob die gegenwärtigen Verhandlungen auf Angliederung Baropś an eine große Montangruppe im Wege einer Interessengemeinschaft diesmal zum Abschluß führen werden. Jedenfalls soll sich die Verwaltung von Barop nicht mehr direkt ablehnend verhalten. Als Verschmelzungsobjekt kommt das Baroper Walzwerk hauptsächlich wohl deshalb in Betracht, weil es ein wertvolles Patent für ein besonderes Verfahren in der Feinblechherstellung besitzt.

Gesprengte Fesseln

Roman von Hans Schulze.

(Nachdruck verboten.)

1. Fortsetzung.

„Die Marzell wird mit jedem Tage medlicher", meinte er dann zu seiner Frau, als die kleine Komtesse, froh, dem kritischen Blick der Tante entgehen zu können, von der Erlaubnis des Urlaubs mit sichtlicher Hast Gebrauch gemacht hatte.

„Ich finde, Ruth läßt ihr zu viel Freiheit: Herta kann ja in Domörowo tun und treiben, was sie will. Mit Georg haben Löhnas es ganz ähnlich gehen lassen und sich bei diesem Prinzip der Zügellosigkeit einen schönen Wirbelkopf herangezüchtet. Ich bleibe dabei, Herta müßte zum Herbst unbedingt noch in ein Pensionat."

„Nun laß doch in diesem Augenblick wenigstens einmal dein leidiges Thema!" fuhr der Baron ärgerlich auf. „Löhnas haben gegenwärtig wirklich andere Sorgen als Hertas Pensionatsfrage: Ich ängstige mich so, daß der Junge irgend eine Dummheit begangen, oder ein Esel aus der Verwandtschaft den Mund nicht hat halten können."

„Früher oder später wird Georg die Sache ja doch einmal erfahren", war die Antwort. „Ich kann mir schon jetzt nicht mehr recht denken, daß er wirklich so unwissend sein sollte, wie er erscheint!"

Der Baron zuckte die Achseln.

„Sehr häufig ahnen gerade die am nächsten Beteiligten nicht, was manchmal längst öffentliches Geheimnis ist. Löhne macht sich jedenfalls schwere Sorgen; ich habe gestern lang und breit mit ihm darüber gesprochen und mich sogar erboten, Georg in schonender Weise über die Antezedentien und das Schicksal seines Vaters aufzuklären, ehe ihm ein Zufall die Wahrheit einmal brutal ins Gesicht schleudert. Aber davon wollte der Graf wieder nichts wissen: er hat nicht den Mut zu der Tat. Meiner Ansicht nach ist es jedoch besser, das Vertuschungssystem wird aufgegeben."

„Es ist zu schrecklich!" stimmte die Gattin bei. „Die arme Ruth! Wie ein Gespenst geht die Angst um die Zukunft in Dombrowo um! Ruth findet manchmal Nächte lang keine Ruhe in dem Gedanken an den Sohn. Ulrike Sinderode hätte sie im Frühjahr nur ruhig mit auf die Yerse nehmen sollen. Ruth hat eine gründliche Aufforschung nötig! Uebrigens sagtest du nicht vorhin, Georgs Telegramm sei aus Baden-Baden gekommen? Dort halten sich meines Wissens augenblicklich doch auch Sinderodes auf."

„Ganz recht. Ulrike schrieb ja neulich noch von da einen höchst kreuzunglücklichen Brief, daß ihre schöne Freiheit nun bald ein Ende habe und sie nächstens mit Käthe in den alten pietistischen Bau von Sinderode zurück müßte. Der Bruder wird wirklich mit jedem Tage schrullenhafter. Ich halte ihn für komplett verrückt!"

„Die arme Käthe!"

„Ja, das Mädel kann einem wirklich leid tun: Wächst da so mutterlos neben dem überschnappten Vater auf! Ein Glück nur, daß die Tante Ulrike wenigstens ein verständiges und resolutes Frauenzimmer ist und dem Bruder ab und zu einmal ordentlich die Meinung geigt über Jugenderziehung und was so ein verlassenes junges Ding vom Leben beanspruchen kann."

Unterdeß war Komteß Herta, der glühenden Nachmittagssonne nicht achtend, auf dem Bahnsteig unablässig auf und ab gelaufen, den Blick in steigender Ungeduld auf die Bahnhofsuhr geheftet als ob sie mit dem Wunsche ihrer Augen den schneckenhaften Gang der trägen Zeiger zu beschleunigen vermöchte.

Seit der Ankunft des Telegramms am vergangenen Tage war sie vor freudiger Erregung und Erwartung kaum mehr zur Ruhe gekommen.

Herta hing mit zärtlicher Liebe an dem um fast sieben Jahre älteren Stiefbruder, dessen Ferienzeiten als Gymnasiast und auch später als Student die schönsten Erinnerungen ihres jungen Lebens darstellten.

Da waren die beiden Geschwister vom frühen Morgen bis zum späten Abend einträchtig in den endlosen Feldmarken und Waldungen von Dombrowo umhergestrichen. Georg hatte die Schwester mit auf den Anstand genommen, sie waren ganze Tage auf den weiten Gewässern des Redungsees gerudert und gesegelt, kurz, unter der Aegide des Bruders hatte die kleine Komtesse in vollen Zügen all die Freuden eines ungebundenen Landlebens genossen, die in letzter Zeit unter dem Einfluß der Tante Knauff und anderer wohlmeinender Damen der Nachbarschaft von den Eltern in so bedauerlicher Weise eingeschränkt worden waren.

Dazu kam, daß der sonst so gleichmäßig heitere Stimmung im Herrenhause von Dombrowo im Verlauf der ganzen letzten Monate sowohl beim Vater wie bei der Mutter allmählich einem unerklärlichen, fast düsteren Ernst Platz gemacht hatten.

Allen Bitten und Schmeicheleien Hertas war es nicht gelungen, der Mutter die Ursache ihres Kummers zu entlocken, auch Onkel Knauff, an den sie sich schließlich gewandt, war ihren drängenden Fragen immer wieder ausgewichen, an den Vater hatte sie sich überhaupt erst gar nicht herangetraut.

So war sie bereits fest entschlossen gewesen, in einem ihrer nächsten Briefe einmal Georg ihr bekümmertes Herz auszuschütten und ihn zu bitten, bei der nächsten Gelegenheit seine Reise zu unterbrechen und nach den Eltern zu sehen, da war der Bruder selbst mit seinem gestrigen Telegramm dem heimlichen Wunsche ihres Herzens nachgekommen.

Jetzt klang aus der Richtung Marienburg ein dumpfes Brausen und Rollen.

Die elektrischen Glocken schlugen an.

An der Gleisbiegung zur Linken tauchten die schwärzlichen Formen einer Lokomotive auf, im nächsten Augenblick rollte der Zug in den kleinen Bahnhof ein.

Und da winkte auch schon Georg mit der Reisemütze aus dem herabgelassenen Fenster des einzigen Coupees zweiter Klasse, das hübsche, offene Gesicht gleichermaßen strahlend vor Hitze und Erwartungsfreude.

„Herta."

Mit einem Riesensprung war die kleine Komtesse über das vorderste Gleis und lag unmittelbar danach in den Armen des Bruders, unbekümmert um das spöttisch-interessierte Gesicht eines Handlungsreisenden, der sich und einen mächtigen Warenkoffer aus einem Nachbarabteil mit absichtlicher Langsamkeit entwickelte.

„War das eine afrikanische Glut! Das reine russische Bad in diesem antediluvialischen Marterkasten von Coupee!" begann Georg, als er jetzt nach kurzer Begrüßung der Verwandten vor dem Bahnhofsausgang mit der Schwester den Dogcart bestieg. „Vierundzwanzig Stunden in fast einer Tour unterwegs! Na, und wie geht's zu Hause, Hertachen?"

„Alles gesund und munter, Georg: Papa und Mama freuen sich schon auf deine Ankunft! Nur verstehen wir alle diese plötzliche und geheimnisvolle Abänderung deines Reiseplanes nicht!"

„Und ihr seid wohl samt und sonders sehr neugierig, nicht wahr?"

„Aber natürlich, Georg: Das kannst du dir doch denken, besonders Papa ist, wie ich heute mittag herausgehört habe, auf deine angekündigten mündlichen Erklärungen sehr gespannt."

Ein finsterer Ausdruck trat auf einmal in das Gesicht des jungen Mannes.

„Ja, mit Papa muß ich heute noch sprechen!" sagte er dann wie mechanisch.

„Um Gottes willen, Georg!" fuhr die Schwester unwillkürlich erschreckt auf. „Es ist doch nichts Schlimmes passiert?"

„Nein, mein Kind!" wehrte der Bruder mit etwas forcierter Lustigkeit ab. „Es geht niemand an den Kragen: Aengstige dich nicht!"

Der Dogcart hatte unterdessen in scharfem Trabe den alten klapprigen Hotelwagen des Rahnfelder „Löwen" überholt und war von der Bahnhofschaussee rechts auf einen Landweg eingebogen.

Zu beiden Seiten dehnten sich wogende Getreidefelder, ein goldgelbes, kaum übersehbares Meer, vom Hitzeglast überspannen; an einzelnen Stellen war das Korn bereits gehauen und stand zu dicken Köpfen zusammengebunden in langen Reihen bis fern an den Horizont.

Zur Linken grüßten die Türme und roten Ziegeldächer des alten Städtchens Rahnfeld.

Dann ging es durch üppige Weidewiesen und dunkles Brachland; ein kräftiger Erdgeruch kam trotz der sengenden Sonne aus dem schweren Boden. Der breite Waldstreifen, der bei der Abfahrt vom Bahnhof kaum sichtbar wie ein schwarzer Strich über dem welligen Lande gelegen, wuchs allmählich in die Höhe.

Ein freundliches Dorf war im Fluge durchmessen, ein paar Köter fuhren mit grimmigem Gebell an dem federnden Fuhrwerk empor.

Hinter den letzten Ausläufern der Ansiedlung senkte sich die Straße in einen Hohlweg hinab und tauchte wenige Minuten danach in den Schattenkreis des Waldes ein.

„Hier beginnt die Dombrower Grenze!" sagte die Komtesse, sich höher aufrichtend, und wies mit der Peitsche auf die schwirrenden Buchengründe. „Das hat Papa im vorigen Jahre alles noch zugekauft; Dombrowo umfaßt jetzt mit Vorwerken, Forst und Wasser an achtzehntausend Morgen, der größte Besitz im ganzen Kreise; bis Schloß Dombrowo fahren wir von dieser Stelle nur durch eigenes Gebiet!"

Sie hatte die Zügel etwas locker gelassen und gab dem dampfenden Gaul mit verhaltenem Schritt ein langsameres Tempo.

Eine dämmrige Kühle hing unter dem grünen Walddach.

Zuweilen öffnete sich zur Seite ein weitausgeschwungenes Talbild mit träumerischen Durchblicken in stimmungsvolle Einsamkeiten.

Die Strahlen der Sonne fielen schon schräger durch die ragenden Baumkronen und spielten mit zitternden Goldflecken anmutig über den moosigen Boden. (Forts. folgt.)

Avignon und Hohensyburg.

Hohensyburg, 15. Juni. Der Avignontag auf der Hohensyburg sah, wie das „Westf. Tagebl." meldet, Tausende in Bewegung. 43 Ortsgruppen aus dem Ennepe-, Ruhr-, Volme- und Lennetal hatten am Denkmal Aufstellung genommen. Nach einem Gesangvortrage des Männergesangvereins Westhofen folgte die Festrede des Kameraden Heidtmann. Redner wies auf das unmenschliche Verhalten der französischen Regierung unseren Avignon-Kameraden gegenüber hin, die sie zu Verbrechern zu stempeln sucht, während die meisten nur durch Not und Elend zu Verfehlungen gekommen sind. Auf den Protest der deutschen Regierung hat die französische Regierung nur hohnvolle absagende Antworten übrig gehabt. Einen Einblick in die sogen. Verbrecherliste wurde den deutschen Vertretern der deutschen Regierung nicht gestattet, da die Strafen der Gerechtigkeit gegenüber nicht standhalten. Der Redner verlas im Anschluß an seine Ausführungen eine Entschließung, die folgenden Wortlaut trug: „Die heute an dem Denkmal der Hohensyburg versammelten, nach Tausenden zählenden deutschen Frauen und Männer haben in gerechter Entrüstung und in tiefster Betrübnis Kenntnis davon genommen, daß die französische Regierung jetzt noch, 2½ Jahre nach Beendigung des Krieges und fast 1½ Jahre nach Friedensschluß, deutsche kriegsgefangene Kameraden und Soldaten in den Kerkern Avignons zurückhält, die dort die ihnen in Kriegsgefangenschaft auferlegten harten Strafen abzubüßen haben. Während das Deutsche Reich sofort nach Friedensschluß alle Kriegsgefangenen, selbst die schwersten Verbrecher, auslieferte, hält Frankreich noch immer deutsche Kriegsgefangene fest, die nachweislich nicht wegen ehrenrühriger Verbrechen verurteilt wurden. Die heute noch in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen wurden wegen Vergehen, geboren aus jahrelanger qualvoller Gefangenschaft, aus Not oder Nahrungsmangel oder Sehnsucht nach dem deutschen Vaterlande und Flucht aus der Gefangenschaft zu unglaublichen Strafen verurteilt. Das Frankreich, das immer wieder der Welt glauben machen will, daß nur bei ihm Menschlichkeit gepflegt werde, setzt sich durch seine Taten in dauernden Widerspruch mit seinen volltönenden Worten. Die Versammlung fordert die Regierung auf, trotz aller bisherigen Mißerfolge erneut die Befreiung der deutschen Stammesbrüder zu verlangen und in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, sie eher noch zu verdoppeln, um alle Nachkriegsgefangenen unverzüglich wieder in das deutsche Vaterland zurückzubringen. Gleiches Recht für alle! Darf Frankreich eine Bestrafung deutscher Kriegsverbrecher in Leipzig verlangen, ohne an eine Bestrafung derjenigen zu denken, die deutsche Kriegsgefangene heute noch festhalten und die in jahrelanger Qual in Frankreich grausamste Leiden ertragen mußten und heute teilweise unter uns weilen und mit uns protestieren gegen solche einseitige Verurteilung, alle stimmen mit uns in den Schrei ein, der unseren Brüdern drüben in Avignon Mut machen und ihnen zeigen soll, daß wir nicht müde werden, an ihrer Befreiung zu arbeiten: Heraus mit unseren Nachgefangenen! Gebt uns unsere Volksbrüder wieder! Dank gleiches Recht für alle!" — Von tiefer Ergriffenheit sang die Menge das urfrische Westfalenlied. Darauf folgte eine Gedächtnisfeier am Kriegerdenkmal für unsere toten Helden, bei der Lehrer Brinkmann-Börde die Trauerrede hielt. Von den einzelnen Ortsgruppen wurden Kränze niedergelegt.

*

? **Neheim**, 16. Juni. **(Schulstreik.)** Die evangelische Volksschule in Neheim trat gestern geschlossen in den Schulstreik. Veranlassung zum Streik gab die zwangsweise Verlegung der evangelischen Volksschule in ein für Schulzwecke vollständig unbrauchbares Gebäude an der Burgstraße, welches bereits vor Jahren von der Regierung in Arnsberg als gesundheitsschädlich erklärt und infolgedessen geräumt wurde. Der von der Stadt durchgeführte Umbau genügte bei weitem nicht, um die vorhandenen Mängel zu beseitigen. Die Verlegung erfolgte, weil die Stadt in dem bisher von der evangelischen Volksschule innegehabten Gebäude eine private katholische höhere Töchterschule (Klosterschule) untergebracht hat.

(bu) **Hohenlimburg**, 16. Juni. **(Ein mutiger Lebensretter.)** Bei der Lennevermessung stürzte der Arbeiter Walter Becker an einer tiefen Stelle in den Fluß. Er wurde nach schwerem Ringen von Herrn Heinrich Rosenstock glücklich ans Ufer gebracht. Rosenstock ist als mutiger Lebensretter bekannt. Er hat schon mehr als ein Dutzend Personen aus der Lenne gerettet.

? **Milspe**, 16. Juni. **(Verhaftete Wilddiebe.)** Die Wilddiebe, die vor einigen Tagen den Fabrikanten Franz Hesterberg angeschossen haben, sind verhaftet worden. Die Schüsse sind von Adolf Balster vom Brackelsberg und August Kottsieper von Oberhülsenbecke abgegeben worden. Auf die Ergreifung der Täter waren 20 000 Mark Belohnung gesetzt.

(bu) **Bochum**, 16. Juni. **Zu Brotmarkenschiebereien** ist im Industriegebiet schon allerhand geleistet worden. Daß aber ein Polizeiwachtmeister „eine halbe Straße verschwinden läßt" und dafür die erforderliche Zahl Brotkarten und andere Lebensmittelkarten fehl meldet, nur um die von ihm begangene Unterschlagung nicht ruchbar werden zu lassen, gehört denn doch wohl zu den Seltenheiten. Es wurde in einem gegen den Kaufmann Josef Krooth von Hüls gerichteten Hehlerprozeß vor der Bochumer Strafkammer festgestellt, daß der ehemalige, inzwischen bereits abgeurteilte Polizeiwachtmeister Hartmann von Hüls Fleisch-, Mehl-, Zett-, Zucker-, Brot-, Milch-, Seifen-, Zwieback- und Warenzuckarten für Kinder einer halben Straße der Gemeinde unterschlagen und diese mit Gewinn an Kaufmann Krooth verkauft hat, der sie wieder mit Gewinn teils selber im Geschäft verkaufte oder sie an einen Bäckermeister in Dreyer verkaufte. Es wurden so allein viele Hundert Brothefte verschoben. Weiter wurde festgestellt, daß der Polizeibeamte in recht zudringlicher Weise die Brotkartendruckerei angegangen hat, ihm unter der Hand Brothefte zu überlassen, was abgelehnt wurde. Als gefügiges Werkzeug zum Ankauf und Vertrieb der unterschlagenen Brotkarten hatte er sich den Angeklagten Krooth gewonnen, der als Hysteriker im Kriege entlassen war und nach ärztlichem Gutachten infolge erblicher Belastung in seiner Geistestätigkeit stark beeinträchtigt ist. Von seiner Frau ziemlich kurz gehalten, zu geregelter Arbeit nicht geeignet, wollte Krooth auf diese Art ein gutes Sümmchen einstecken, um seiner Frau nicht auf der Tasche zu liegen. Unter Beachtung des Geisteszustandes des Angeklagten erkannte das Gericht gegen Krooth wegen Hehlerei auf 4 Wochen Gefängnis unter Zubilligung von Strafaufschub.

(bu) **Buer**, 16. Juni. **(50 000 revolutionäre Flugblätter beschlagnahmt.)** Wie die „Buersche Zeitung" meldet, wurden auf dem Bahnhof Buer-Nord mehrere Pakete aus Berlin beschlagnahmt, die 50 000 revolutionäre Flugschriften der „Roten Fahne" enthielten.

** **Gladbeck**, 16. Juni. **Infolge einer Explosion** auf der Kokerei der Möllerschächte in Gladbeck sind 11 Arbeiter durch Verbrennung an Kopf und an Händen leicht verletzt worden. Der Betrieb ist nicht unterbrochen, der Sachschaden gering. Die Ursache ist bisher nicht aufgeklärt.

? **Münster**, 16. Juni. **Ein Taschendieb** machte sich das Gedränge bei der Heimfahrt vom Telgter Rennen zunutze. Er stahl einem dort zu Besuch weilenden Nürnberger Herrn auf dem Bahnhof die Brieftasche mit 1000 Mark sowie die goldene Uhr nebst Kette.

(bu) **Essen**, 16. Juni. **(Eine verzweifelte Mutter.)** Angeblich durch Nahrungssorgen zur Verzweiflung getrieben, hat eine Ehefrau in der Oberstraße Kleesalz eingenommen und auch ihren beiden Kindern hiervon gegeben, um mit ihnen in den Tod zu gehen. Während das 5 Jahre alte Söhnchen an den Folgen starb, konnten die Frau und ihr 7 Jahre alter Sohn durch ärztliche Hilfe gerettet werden. Mutter und Kind befinden sich noch im Krankenhause, sind aber außer Lebensgefahr.

„-" **Wald**, 16. Juni. **Die Regierung** hat die Bestätigung des unabhängigen sozial. Beigeordneten Schneider abgelehnt.

** **Köln**, 16. Juni. **(Zum Tode verurteilt.)** Vor dem Kölner Schwurgericht hatte sich der 23jährige Kutscher Otto Schöning wegen Ermordung seiner früheren 23jährigen Geliebten zu verantworten. Der junge Mann war des Mädchens überdrüssig geworden, er schlich sich nachts in ihr Haus und erschlug seine Braut mit einem Beil. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig. Das Urteil lautete auf Todesstrafe und 4 Jahre Zuchthaus.

** **Köln**, 16. Juni. **(60 000 Mark Geldstrafe.)** Das Schöffengericht verhandelte gegen die Ehefrau Hopkinsen wegen unerlaubten Großhandels. Sie gab an, staatenlos zu sein und deshalb keine Handelserlaubnis nötig zu haben. Sie handelte mit Wein, Borax, Oelen usw., und zwar mit ganzen Waggons und Schiffsladungen, sodaß die Werte Millionen überstiegen. Der Amtsanwalt beantragte 100 000 Mark Geldstrafe. Die Strafe lautete auf 60 000 Mk. Gegen Hinterlegung von 20 000 Mark wurde die Verurteilte auf freien Fuß gesetzt.

Das neue Reichsmietengesetz.

Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Entwurf eines Reichsmietengesetzes, der dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat vorgelegt war, ist von diesen Körperschaften einer eingehenden Beratung unterzogen und in verschiedenen wichtigen Punkten geändert worden. Zur Zeit liegt der Entwurf dem Reichstag vor. Eine einheitliche Regelung der Berechnung der Mieten für das Reich hat sich als dringend notwendig erwiesen, um so mehr, als die Steigerung der Mieten in verschiedenen Teilen Deutschlands außerordentliche Unterschiede aufweist. Hier soll das neue Gesetz durch feste Richtlinien ein einheitliches Recht schaffen. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens wird grundsätzlich beibehalten. Es soll verhindert werden, daß durch eine unbillige Erhöhung der Mieten eine starke Belastung der Mieterschaft herbeigeführt wird, gleichzeitig soll verhindert werden, daß durch übermäßige Steigerungen der Mieten der Wert der Grundstücke ebenfalls in nicht gerechtfertigter Weise sich erhöht, und daß dadurch auch in Zeiten sinkender Preise und billigerer Lebenshaltung ungewöhnlich hohe Grundstückpreise und Mieten bestehen bleiben. Der Entwurf gibt die Möglichkeit, anstelle der vertraglich vereinbarten Miete eine gesetzliche Miete zu setzen. Sowohl der Vermieter wie der Mieter kann jeder Zeit verlangen, daß die gesetzliche Miete von einem im Gesetz näher bestimmten Zeitpunkt ab an die Stelle der vertraglichen Miete treten soll. Auch die Gemeindebehörde hat das Recht, eine Nachprüfung von Mietzinsvereinbarungen durch das Einigungsamt herbeizuführen. Für die Höhe der gesetzlichen Miete ist der Grundsatz maßgebend, daß eine Steigerung der bisherigen Mieten nur insoweit zugelassen werden soll, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwende den Betriebs- und Instandsetzungskosten erforderlich ist. Die Ausführung der notwendigen Reparaturen soll vor allem ermöglicht werden. Die gesetzliche Miete setzt sich zusammen aus der Friedensmiete, d. h. der im Juli 1914 vereinbart gewesenen Miete, und Zuschlägen, die in Hundert-Sätzen der Friedensmiete von der obersten Landesbehörde oder den Gemeindebehörden festgesetzt werden sollen. Um die Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten zu sichern, hat der Mieter das Recht, die Entscheidung einer unparteiischen Stelle anzurufen. Diese kann, falls der Vermieter die Arbeit nicht ausführen läßt, unter Umständen ihre Durchführung erzwingen. Besonders geregelt ist die Aufbringung der Mittel für große Instandsetzungsarbeiten. Leitend ist auch hier der Gedanke, einmal die Mieter vor übermäßiger Belastung zu schützen, anderseits jedoch dem Hausbesitzer die Ausführung auch großer Arbeiten im Interesse der notwendigen Erhaltung der Häuser zu ermöglichen. Die Kosten sollen grundsätzlich auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Die Mieten dürfen nicht weiter erhöht werden, als zur Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals erforderlich ist. Bei gewerblichen Räumen, bei denen infolge der Eigenart des Betriebes besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten entstehen, kann durch das Einigungsamt zur Deckung dieser Kosten eine Erhöhung der gesetzlichen Miete zugelassen werden. Für Räume mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung bestimmt der Entwurf zunächst, daß das Einigungsamt eine Entscheidung darüber treffen kann, inwieweit der Vermieter berechtigt oder verpflichtet sein soll, die Heizung oder Warmwasserversorgung in gewissen Fällen ganz oder teilweise einzustellen. Auch bei der Weitervermietung ist die Bestimmung wichtig, daß die Miete des Untermieters unter Berücksichtigung von Nebenleistungen, z. B. Ueberlassung von Möbeln, Bedienung 2c., in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Hauptmiete stehen muß. Das Einigungsamt kann also künftig auch für möblierte Wohnungen und Zimmer die Miete festsetzen. Der Entwurf bringt ferner Bestimmungen über die Tätigkeit von Mietervertretungen. Es werden ihnen bestimmte Befugnisse zugewiesen. Sie haben neben und anstelle des Mieters das Recht, bei Streitigkeiten über die Vornahme von Instandsetzungsarbeiten die Entscheidung der bereits erwähnten Stelle anzurufen. Auch wird ihre Mitwirkung bei der Bewilligung der Gelder für große Instandsetzungsarbeiten und bei der Beschaffung und Verwendung der Heizstoffe nach näherer Anweisung der obersten Landesbehörde vorgesehen. Neubauten sollen grundsätzlich den Vorschriften des Gesetzes nicht unterliegen. Als Grund für diese Ausnahme wird angeführt, daß eine Ausdehnung der in dem Entwurf vorgesehenen Beschränkungen auf derartige Bauten den Anreiz zur Bautätigkeit hemmen können; anderseits wird hervorgehoben, daß bei Neubauten, die mit Hilfe von Ueberteuerungszuschüssen errichtet sind, bereits nach den für die Gewährung von Baukostenzuschüssen geltenden Bestimmungen eine Kontrolle der Mieten durch die Gemeindebehörden stattfindet.

Sie sind am verblöden.

(TU) **Amsterdam**, 16. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Obwohl sich die alliierten Sachverständigen noch nicht über den Unterschied zwischen Militär- und Handelsflugzeugen geeinigt haben, entschied gestern der Botschafterrat, Deutschland habe die Vertragsbestimmungen über den Bau von Flugzeugen verletzt. Zur Strafe würden alle in Deutschland vorhandenen Flugzeuge beschlagnahmt. Der Botschafterrat wies die Interalliierte Kommission an, alle Militärmaschinen und 25% der Handelsflugzeuge als Strafe für die Bauüberschreitungen zu beschlagnahmen. Die übrigen 75% würden vorläufig beschlagnahmt, bis Deutschland die Erfüllung der Luftfahrtlaufel durchgeführt habe. Man erwarte, daß der Post- und Personenverkehrs-Luftfahrtdienst zwischen den verschiedenen Städten wegen Mangels an Maschinen sofort werde eingestellt werden müssen. Deutschland werde sich dem Vernehmen nach mit der Erfüllung der Vertragsbestimmungen beeilen, um die 75% der Handelsflugzeuge wieder frei zu bekommen.

*

Ultimatum, Besteuerung, Gehälter u. Löhne.

Die bürgerlichen Parteien haben im Reichstag gemeinsam folgenden Antrag eingebracht: Die Erfüllung des Ultimatums wird zweifellos eine starke allgemeine Belastung des gesamten Wirtschaftslebens zur Folge haben, und in Zusamemnhang mit der allmählich eintretenden Annäherung der Inlandspreise für industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse an die Weltmarktpreise eine Erschwerung der Lebenshaltung weiter Kreise der Lohn- und Gehaltsempfänger und Kleinrentner nach sich ziehen. Der Reichstag fordert deshalb von der Reichsregierung, daß sie die geeigneten Maßnahmen ergreift, den Schwierigkeiten dieser Entwicklung zu begegnen.

Die Sozialdemokratie hat ihren Antrag nach der gleichen Richtung wie folgt formuliert: Die Lockerung der Zwangswirtschaft mit ihrer Annäherung an die Weltmarktpreise stellt eine außerordentliche Belastung aller ärmeren Schichten dar, deren Einkommen nicht aus Geldwerten herrührt. Der Reichstag fordert deshalb die Regierung auf, gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen sowie die Rentenempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen. Die Reichsregierung wird ersucht, mit der Vorlage über die Neufestsetzung der Getreidepreise zugleich einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe sowie den in Privatunternehmen Beschäftigten als auch den Rentenempfängern ein Mehreinkommen in der Höhe gesichert wird, das der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung entspricht. Außerdem sind die durch die Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrgewinne für die Allgemeinheit sicherzustellen.

*

Eine russische Note an die Entente.

Tschitscherin richtete eine gleichlautende Note an die Ministerien für Auswärtiges in England, Frankreich und Italien, worin erklärt wird, daß der Sturz der bolschewistischen Regierung in Wladiwostok unter dem Schutze der Japaner durchgeführt sei. Die Note stellt weiterhin fest, daß die Franzosen die japanischen Pläne unterstützten und daß alle Ententemächte die Verantwortung dafür tragen. Großbritannien wird in der Note feindliche Tätigkeit, die nicht in Uebereinstimmung mit dem englisch-russischen Vertrage zu bringen sei, vorgeworfen. Lord Curzon ließ durch seinen Sekretär antworten, die Note sei nicht annehmbar, da es weder Brauch noch für die guten Beziehungen förderlich sei, daß eine Regierung, ohne genügendes Beweismaterial vorzubringen, vollkommen grundlose Beschuldigungen gegen eine andere Regierung richte. Die britische Regierung lehnt es deshalb ab, in irgend einen Schriftwechsel in dieser Sache einzutreten.

Eine englische Stimme.

Die intime Freundschaft zwischen Franzosen und Polen hat dem Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" in Oppeln zu denken gegeben. Er macht folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Der Aufstand in Oberschlesien dauert jetzt schon über vier Wochen. Nichts ist unternommen worden, um ihn zu beenden. Die Deutschen erleiden dauernd fast unerträgliche Herausforderungen seitens der Insurgenten, die ein Interesse daran haben, daß die Deutschen wieder eingreifen. Nicht der deutsche Selbstschutz, sondern die Franzosen selbst bilden das Haupthindernis für eine dauernde Lösung. Die Franzosen, die für den Aufstand verantwortlich sind und offen ihre Sympathie für den Aufstand Ausdruck gaben, sind auch für seine Fortdauer verantwortlich, da sie ihre Sympathie den Polen weiter bezeugen und alles tun, was in ihrer Macht liegt, um jede Art von Aktion, die den Aufstand beendigen könnte, zu verzögern oder abzuschwächen."

Weitere Nachrichten.

— **(Die Beratung der Steuergesetze.)** Der Entwurf zum Körperschaftssteuergesetz ist gestern vom Reichskabinett verabschiedet worden und geht nunmehr dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zu. Die übrigen Steuergesetze sollen im Laufe der Woche beraten werden. Es haben Besprechungen mit den Regierungen der Länder stattgefunden, die bei der Gestaltung der neuen Entwürfe keinen unmerklichen Einfluß ausüben werden. Auch über die Wege zur Erfassung der Goldwerte (Besteuerung oder Erfassung der Substanz) soll demnächst endgültig Beschluß gefaßt werden

— **(Auch der zweite Zeppelin verunglückt.)** Auch der zweite von Deutschland an Italien ausgelieferte Zeppelin, das Luftschiff Ousoma, verunglückte. Nach dem Messagero ist der Verlust darauf zurückzuführen, daß das Luftschiff in der Halle nur ungenügend gegen den Wind geschützt war. (Hoffentlich: Fortsetzung folgt!)

— **(Die Leipziger Urteile.)** Im Unterhause wies ein Abgeordneter darauf hin, daß ein deutscher U-Bootsoffizier in Leipzig freigesprochen wurde, weil er sich darauf berufen hätte, daß er nur die ihm erteilten Befehle ausgeführt habe. Der Abgeordnete fragte, ob auf Grund dieses Tatbestandes die Liste der Kriegsbeschuldigten revidiert werden würde, damit diejenigen, die die Befehle gegeben hätten, zur Verantwortung gezogen würden. Der Generalstaatsanwalt erwiderte, durch die Urteilssprüche des Reichsgerichts hätten die Alliierten nicht das Recht verloren, welches ihnen durch den Friedensvertrag erteilt werde. Sobald die Leipziger Prozesse beendigt seien, würden die Alliierten sich darüber einigen, was geschehen soll.

— **(Verurteilte Bankräuber.)** Die Hauptführer der Bankräuber, die in den Kreisen Eisleben und Mansfeld in den Tagen des mitteldeutschen Aufruhrs Sparkassen und Postkassen plünderten und insgesamt 500 000 Mark erbeuteten, der Tischler Grüneberg und der Bergmann Müller aus Mansfeld, wurden von dem außerordentlichen Gericht in Halle zu 9 bezw. 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

— **Ein schweres Unglück** ereignete sich auf dem Schützenplatz in Magdeburg. Aus einer Rundschaukel stürzte ein Schaukelkorb mit mehreren Insassen aus einer Höhe von 7 Metern ab und riß einen anderen Schaukelkorb mit sich. 5 Personen wurden schwer verletzt.

— **Raubmord.** In Berlin wurde in der Borsigstraße der Oberpostassistent a. D. Splettstößer in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Es handelt sich um einen Raubmord. Von dem Täter fehlt jede Spur.

— **Unter schwerer Beschuldigung.** In Berlin wurde der frühere Feldwebel Wessel verhaftet, der vor zwei Jahren seine Frau und den Ehemann seiner Geliebten ermordet haben soll. Wessel, der von der Kriminalpolizei seit 2 Jahren gesucht wurde, verstand es, sich unter falschem Namen eine Stellung als Zivilangestellter bei einer Abwickelungsstelle zu verschaffen.

*

Kleine Nachrichten.

Die österreichische Regierungskrise hat eine Verschärfung dadurch erfahren, daß die Christlich-Sozialen nicht daran denken, in der Abstimmungsfrage dem Wiener Wunsche Rechnung zu tragen. Infolgedessen soll die Kabinettskrisis ohne Rücksicht auf die Abstimmungsfrage rasch gelöst werden. Daß der bisherige Bundeskanzler Dr. Mayr nicht auf seinem Posten bleibt, ist sicher.

Die am Rhein erhobenen Zollgebühren in Ausführung der Sanktionen haben im ersten Monat einen Ertrag von 170 Millionen Franken ergeben.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Herstellung und die Einfuhr von Luftfahrzeugen und Motoren sowie von Teilen derselben bis auf weiteres verbietet. Die Aufhebung des Verbotes kann nur durch Verordnung der Reichsregierung erfolgen. Das Gesetz ist durch die in dem Ultimatum übernommenen Verpflichtungen erforderlich geworden.

Das gegen den früheren Ministerialrat im Reichsernährungsministerium, Augustin, anhängig gemachte Verfahren wegen Bestechung ist auf Beschluß der Strafkammer des Landgerichts I eingestellt und Augustin außer Verfolgung gesetzt worden.

Die Hamburger Bürgerschaft hat auf Antrag sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, beschlossen, eine Million Mark zur Linderung der Not in Oberschlesien zu spenden.

Die Morningpost meldet aus Konstantinopel, daß Mustafa Kemal Pascha eine Proklamation erlassen hat, in der er es unbedingt ablehnt, in Unterhandlungen mit England einzutreten. Kemal Pascha erklärt, er habe jetzt eine mächtige Regierung gebildet und die gesamte muselmanische Welt hinge an ihm.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 17. Juni. **Der M.-G.-V. „Teutonia"-Kamen** geht am nächsten Sonntag nach Ahlen zum Gesang-Wettstreit. Er singt in der 2. Klasse gegen den Quartett-Verein „Arion", Hessen und den M.-G.-V. „Harmonia", Münster. Die 40 Teutonianer bringen im Klassensingen unter Heinrich Bräutigams Leitung den „Fremdenlegionär" von Wengert und das „Wiegenlied" von Bungart zum Vortrag, während die Münsteraner „Sabbatfrühe" von Krempter und „Horch, was kommt von draußen rein" von Rebbert und die Hessener „Menel Tekel Phares!" von Olvers und „Wächterlied" von Kremser gewählt haben. Bräutigam hat mit viel Fleiß und Mühen sich der Einstudierung des Fremdenlegionärs hingegeben. Das abwechselungsreiche, melodiöse Werk wurde bei einem Probenbesuch wunderschön dargebracht. Das eingesungene Material der Teutonia entwickelte großen Wohlklang, so daß zu hoffen steht, daß die Sänger die Kamener Farben und den hier auf achtunggebietender Höhe stehenden Männergesang gut vertreten werden. Die Generalprobe der Teutonia ist Samstag abend 9 Uhr im Niederschen Saale am Markt, worauf wir hierdurch besonders aufmerksam machen.

Grosses

Jubel-Fest

in Kaiserau.

Der Dilettantenverein „Frohsinn“

— Kaiserau —

begeht am 18., 19. und 20. Juni d. J. auf dem großen Gemeindeplatz u. in den Lokalitäten u. Anlagen des Wirts Schulz sein

25jähr. Jubelfest

Der Westdeutsche Lunapark Dortmund

ist soeben eingetroffen und hat auf dem großen Gemeindeplatz Aufstellung genommen.

Kinder sind an allen Tagen frei.

Karten für Erwachsene am Samstag Mk. 3.—, Sonntag Mk. 4.— — Montag frei! —

Bewohner des ganzen Kirchspiels Methler, wir bitten Euch, diesem Jubelfest mit beizuwohnen. In der Kaiserau ist so etwas noch nicht geboten worden. Darum:

Auf zum Jubelfest! **Auf zum Lunapark!**

Musik an beiden Tagen (Bergkapelle Kurl).

Für den großen Fackelzug sind alle Kinder herzlich eingeladen.

Es ladet herzlich ein 2807

Der Vorstand. **Das Festkomitee.**

Unserm Sportsfreund

Fritz Dangeleit

nebst Gemahlin

zu seiner am heutigen Tage stattfindenden

Vermählungsfeier

ein dreimal donnerndes

Kraft Heil!

Gewidmet vom Athleten-Klub „Attila“. 2798

Verkäuferin

sofort gesucht. h2800

Zeugnisabschriften erwünscht.

Kaufhaus Lorig.

Für den Bezirk **Lerche** suchen wir zum 1. Juli einen zuverlässigen

Zeitungsboten.

Meldungen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung, Westfstraße 10.

Geschäftsbücher

Tagebücher,
Kassabücher,
Hauptbücher,
Kopierbücher usw.,

in großer Auswahl vorrätig, empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung

Westfstraße 10.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 7 die **„Einkaufsgenossenschaft Heeren-Werve, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“** mit dem Sitze in Heeren-Werve eingetragen worden.

Das Statut ist am 8. Mai 1921 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf von Wirtschaftsbedürfnissen zur Kleintierhaltung im großen und Abgabe in kleinen Mengen. Die Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft im Westfälischen Anzeiger zu Hamm.

Zwei Vorstandsmitglieder können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und Erklärungen abgeben.

Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen.

Die Haftsumme beträgt 100 Mark.

Die Höchstzahl der Geschäftsanteile ist 5.

Kamen, 11. Juni 1921.

2799 **Das Amtsgericht.**

Schützen-Verein

Lerche.

Sonntag den 19. ds. Mts., nachm. 7 Uhr, beim Wirt Keitmann

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vorstandswahl.
3. Festangelegenheit.
4. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein 22806

Der Vorstand.

Sauerländischer Gebirgs-Verein.

Samstag, den 18. Juni 1921

Sonnenwendfeier

auf der Hohensyburg.

Sonntag, den 19. Juni 1921:

Sternwanderung von Syburg aus.

Abmarsch Samstag abend, auch die Damen, 6.50 Uhr Bahnübergang.

Sonntag morgen 9.50 Uhr ebenfalls Bahnübergang Unnaerstraße. h2796

Wegen Platzmangel

billig abzugeben

gebr. **Nähmaschine**

Truhe

aus dem Jahre 1740

Stehpult

Schreib-Sekretär

sowie einen 2801

Anzug.

Westfstr. 26.

Lungenleidenden

empfehlen wir unseren Original Wörishofener Brust- und Lungentee. Allein echt

Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederl. Drogerie H. P. Thiel Kamen (Westf.), Oststr. 21. Hellweg-Drogerie J. Knipping in Rünthe. 168

Benzin- (Benzol-) Motor

3½ Ps., so gut wie neu, sehr preiswert zu verkaufen. 2803

Gärtnerei Westerich.



Frischmelkende

Ziege

und 3 vier Wochen alte

Gänschen

zu verkaufen. 2791

Schillstraße 8.

Eine gut erhaltene weiße eiserne

Kinderbettstelle mit Matratze u. Keilkissen

zu verkaufen. 2812

Bahnhofstr. 2.

Prachtvolles 112 töniges

Bandoneon

3chörig zu verk. 2784

M. Jenke, Methler 60.

Donnerstag morgen ein sieben Wochen alter

Schäferhund

braune Füße, weiße Pfoten

entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

Konditorei Kümper.

Kamener Lichtspiele

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.

Spielplan von Freitag bis Montag!

Unsere Programme bilden stets eine Klasse für sich.

Schiffe u. Menschen

Ein sensationeller Abenteuer-Film in 6 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Cor. Figdor.

Ein echter Figdorscher Abenteuer-Film sind vor allem die stets spannende, geschickt aufgebaute Handlung, die Wahl des interessanten Milieus, das immer neue Reize und Sensationen bietet. Hier ist vor allem der Hauptdarsteller Otto Gebühr, der amerikanische Reporter, der in den gefährlichsten Situationen seine Kaltblütigkeit und seinen Humor nicht verliert. Den Höhepunkt der Ereignisse bildet der nervenpeitschende Kampf meutender Kulis gegen eine kleine europäische Besatzung eines Schiffes. Der Kampf, der sich durch einen ganzen Akt hindurchzieht, wird nach Momenten höchster Gefahr und Bedrängnis mit dem Siege der Weißen unter Führung des amerikanischen Reporters beendet.

2. Der große Detektiv-Schlager

Die glühende Kammer

Ein Detektiv-Sensationsfilm aus der Hetze des Volkes in einem Vorspiel und 4 spannenden Akten. Dieser Film übertrifft alles bisherige an Sensationen und ist derart raffiniert aufgebaut, daß er ohnegleichen dasteht. 2802

Meisterwoche, Sport, Mode und Kunst.

An allen Tagen erstklassiges Orchester.

Aenderungen vorbehalten. D. D.

Der Turnverein „Deutsche Eiche“

Weddinghofen

feiert am Sonntag, den 19. Juni, im Saale des Wirts Klute, Weddinghofen, sein

26jähr. Bestehen

verbunden mit

Preis- und Ehrenpreisturnen

unter fremden Vereinen.

Samstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr:

großer Kommers

unter den Mitgliedern mit Damen.

Sonntag morgen 9 Uhr beginnt das **Ringen und Stemmen.**

Karten sind nur an der Kasse zu haben. Für gute Speisen und Getränke sorgt bestens der Vereinswirt. Die Bewohner Weddinghofens werden gebeten, den Festzug durch Beflaggen usw. verschönern zu helfen. 2787

Der Vorstand.

In Qualität unerreicht!



Allein-Engros-Vertrieb für den hiesigen Betrieb zu Original-Fabrikpreisen.

Hans Dolle

Tabakfabrikat-Großhandlung i2074

Anruf Nr. 2 **KAMEN** Markt 16.

Violin-Unterricht

erteilt gründlich

Kapellmeister 2810

Kamener Lichtspiele,

Kamen Westfstr. 20 2 Etg.

Mädchen

nicht unter 18 Jahren für besseren Haushalt zum 1. Juli 1921 ges.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 2751

Zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Haus suche für meinen kleineren Haushalt zum 1. Juli od. später bei hohem Lohn. 2786

Frau W. Jahn,

Soest, Jakobistr. 46.

Mädchen

für Hausarbeit, welchem auch Gelegenheit geboten wird, die Küche zu erlernen, per bald gesucht. 2804

Schulze-Brockhausen, Unna,

Bahnhofstr. 36 II.

Junger Mann (Kaufmann) sucht einfach

möbl. Zimmer

oder Schlafstelle.

Eil Angebote unter **Nr. 2809** an d. Gesch. der Kamener Zeitung.

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz

und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen.

Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.